

## Ende der Unterbezahlung?

Volkssolidaritätschef rechnet mit Tarifvertrag für Altenpflege. Seite 3



## Der Roman der Kapitänin

Seenotretterin Pia Klemp schreibt über Leid und Tod. Seite 13

Foto: gbrci/Future Image

## Vom Rückzug zurück

Pferdewirtin kandidiert wieder für die LINKE. Seite 11

Foto: nd/Andreas Fritsche

Montag, 26. August 2019

74. Jahrgang/Nr. 198

Einzelverkaufspreis 1,90 €

www.neues-deutschland.de

### STANDPUNKT

#### Nicht alleine

Sebastian Bähr über die »Unteilbar«-Demonstration in Dresden

Die kritische Zivilgesellschaft in Sachsen ist klein und in stetiger Bedrängnis. Dass sie nicht wie in Berlin Hunderttausende für die »Unteilbar«-Demo in Dresden mobilisieren konnte, war wenig überraschend. Und doch kamen 40 000 Menschen, davon ein kleinerer Teil mit Bus und Zug angereist, am Samstag in der Landeshauptstadt zusammen. Die Zahlenklauerei – geschenkt: Für die in ihrer Vielfalt vereinten Teilnehmer war die Großdemonstration sichtbar ein Moment der Selbstermächtigung. An diesem Tag gehörte die Aufmerksamkeit im Osten nicht wie sonst den Hetzern, Spaltem und Krakeleern. Diesmal nahmen sich die Kräfte den Raum, die in der Regel leise, alltäglich und manchmal auch als gefühlte Minderheit für eine offene, soziale und freie Gesellschaft eintreten. Der progressive Osten erhielt das Versprechen, dass man ihn nicht im Stich lässt. Und machte deutlich, dass er nicht kampflös dem Rechtsruck zusehen wird. Die Erfahrung, nicht alleine zu sein, spendete Mut für eine ungewisse Zukunft.

Die geschmiedeten Allianzen, mitunter wacklig und widersprüchlich, werden früher oder später mit reaktionären Angriffen konfrontiert sein. Hier müssen sie zeigen, dass Unteilbarkeit mehr als eine symbolische Absichtserklärung bedeutet. Klar ist auch: Zahlreiche Orte in Deutschland – und vor allem im Osten – brauchen langfristige unteilbare Aufbaubarbeit, Präsenz, Aufmerksamkeit und Unterstützung. Dies kann nicht durch Großdemonstrationen ersetzt, durchaus aber befördert werden. Das Projekt der Solidarität nimmt Konturen an.

### UNTEN LINKS

Wer heute ein Auto kaufen will oder eine Glühlampe, braucht sich nicht einmal aus dem Sessel zu erheben, wenn er nicht will. Er bestellt per Internet. Und wer nachschauen will, ob seine einst heftig geliebte und inzwischen verräterische, abtrünnige und heimtückische Partnerin vom leider immer noch gemeinsamen Konto unbefugt Geld abgehoben hat, kann dies flugs per Online-Banking überprüfen. Das geht sogar vom Welttraum aus, wie das Beispiel der Astronautin Anne McClain zeigt. Sie griff von Bord der ISS auf das Konto ihrer Ex-Partnerin zu, um zu tun, was in einem Science-Fiction-Film das Spionagevorspiel für eine Alien-invasion hergeben würde. Was sie tat, muss noch offen bleiben, kann vielleicht irgendwann einem Drehbuch entnommen werden, ist aber jetzt schon Gegenstand einer Klage der Ex-Partnerin von McClain. Ja, ja, Hightech verführt zu Missbrauch. Im All, wie in Wäldern und im Seen, sagen wir von Mecklenburg-Vorpommern. Halt, nein! Dort gibt es kein Netz! uka

ISSN 0323-3375



## Ungeteiltes Votum

40 000 Menschen stellen sich in Dresden gegen Hass und Ausgrenzung



Foto: dpa/Robert Michael

Dresden. Rund 40 000 Menschen haben nach Angaben der Veranstalter am Samstag in Dresden für eine solidarische Gesellschaft demonstriert. Unter dem Motto »Unteilbar« wollten sie eine Woche vor den Landtagswahlen in zwei ostdeutschen Bundesländern ein Zeichen gegen einen Rechtsruck in Deutschland setzen. In Sachsen und auch in Brandenburg wird am kommenden Sonntag ein neuer Landtag gewählt, in Thüringen am 27. Oktober.

Sachsens Integrationsministerin Petra Köpping (SPD) sagte bei der Auftaktkundgebung auf dem Dresdner Altmarkt: »Von dieser Demonstration geht ein wichtiges Zeichen über

die Grenzen von Sachsen hinweg hinaus. Wir wollen zeigen, dass sich in Sachsen viele Menschen mit denjenigen solidarisieren, die ihre Heimat aufgrund von Krieg und Terror verlassen mussten.« Sachsen sei nicht »ein brauner Fleck auf der Deutschlandkarte«, sagte die Ministerin, die vor Kurzem eine Morddrohung erhalten hatte. Es gebe eine große Anzahl an Menschen, die sich für einen bunten, weltweiten und friedlichen Freistaat einsetzen.

Auch Kirchen und Wohlfahrtsverbände hatten zur Teilnahme aufgeufen. Sachsens Diakoniker Dietrich Bauer betonte: »Wir wollen eine Gesellschaft, in der die Menschen se-

pektiert werden. Und vor allem wollen wir eine friedfertige Gesellschaft.« Auf der Abschlusskundgebung sprachen unter anderem die Philosophin und Publizistin Carolin Emcke und der Geschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes, Ulrich Schneider.

Die Polizei verzeichnete einen friedlichen Verlauf der Kundgebung. Organisiert wurde die Großdemonstration vom Bündnis »Unteilbar«, das etwa 400 zivilgesellschaftliche Organisationen vereint, darunter rund die Hälfte aus Sachsen. Die Veranstalter zeigten sich zufrieden mit dem Verlauf des Tages. nd/Agenturen Seite 2

## G7 redet, Israel schießt

Trump widerspricht Gerüchten zu neuer Iran-Initiative, Israel bombardiert iranische Stellungen in Syrien

Während in Biarritz die Verhandlungen bezüglich Irans stocken, hat die israelische Armee iranische Stellungen in Syrien angegriffen.

Von Philip Malsahn

Aus Biarritz waren am Wochenende des G7-Gipfels höchst widersprüchliche Töne zu vernehmen. Zuerst meldete die Nachrichtenagentur dpa, die Chefs der Staaten hätten sich auf eine neue Initiative zur Beilegung der Krise mit Iran verabredet. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron wäre von den übrigen Staaten beauftragt worden, »mit dem Iran zu sprechen und ihm eine Botschaft zu überbringen«, hieß es unter Berufung auf Diplomaten in Biarritz. Ziel sei es, die Spannungen in der Region zu verringern und Iran vom Besitz von Atomwaffen abzuhalten.

Nur ein paar Stunden später meldete dann die Nachrichten-

agentur AFP das Gegenteil: Laut Aussagen des US-Präsidenten Donald Trump hätten sich G7-Staaten nicht auf eine gemeinsame Iran-Initiative einigen können. Auch wurde Emmanuel Macron nicht offiziell mit der Vermittlung beauftragt.

Am Sonntagabend kam dann die Meldung, Irans Außenminister Mohammed Dschawad Sarif sei völlig überraschend beim G7-Gipfel überraschend beim G7-Gipfel überraschend. Das bestätigte der Sprecher des Außenministeriums in Teheran, Abbas Mussawi, am Sonntag auf Twitter. US-Präsident Trump hatte im Juni 2018 einseitig das Atomabkommen mit Iran aufgekündigt. Seitdem wachsen die Spannungen um das Land. Die übrigen G7-Staaten wollen das Abkommen retten, doch bislang blieben jegliche Vermittlungsversuche ohne Erfolg.

Die israelische Luftwaffe hat in der Nacht zu Sonntag Ziele im Nachbarland Syrien bombardiert. Bei dem Angriff in der Nähe der sy-

rischen Hauptstadt Damaskus wurden nach Angaben der oppositionsnahen Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte

Ziel des Luftwaffeneinsatzes im syrischen Akaba war es nach Angaben eines israelischen Militärsprechers, einen geplanten Drohnenangriff auf Ziele in Israel zu vereiteln.

zwei Kämpfer der schiitischen Hizbollah-Miliz und ein iranischer Kämpfer getötet. Iran dementierte, dass seine Stellungen getroffen worden seien.

Ziel des Luftwaffeneinsatzes im syrischen Akaba war es nach Angaben eines israelischen Militärsprechers, einen geplanten Drohnenangriff auf Ziele in Israel zu vereiteln.

Die Polizei verzeichnete einen friedlichen Verlauf der Kundgebung. Organisiert wurde die Großdemonstration vom Bündnis »Unteilbar«, das etwa 400 zivilgesellschaftliche Organisationen vereint, darunter rund die Hälfte aus Sachsen. Die Veranstalter zeigten sich zufrieden mit dem Verlauf des Tages. nd/Agenturen Seite 2

In der libanesischen Hauptstadt Beirut wurde dabei ein Medienzentrum der Hizbollah beschädigt. Die libanesischen Regierung sowie die Hizbollah dementieren jedoch einen Abschied der Drohne. Der libanesischen Premierminister Saad Hariiri bezeichnete die Angriffe als Schritt Israels in Richtung Eskalation. Mit Agenturen Seiten 5 und 8

## Rot-Rot-Grün plant rigorosen Mietendeckel

Entwurf des Berliner Senats sorgt für wütende Reaktionen von Verbänden

Berlin. Der Senat in Berlin will den geplanten Mietendeckel deutlich schärfer auslegen als bekannt. Wie aus einem Papier der Verwaltung von Wohn-Senatorin Katrin Lompscher (LINKE) hervorgeht, über das am Wochenende verschiedene Medien berichteten und das »nd« vorliegt, sollen die Mieten für den größten Teil der Mieter in Berlin um die sechs Euro pro Quadratmeter kosten. Das würde für einige Mieter bedeuten, dass ihre Miete abgesenkt wird, weil je nach Alter der Wohnung Mietobergrenzen eingeführt werden. Bisher war bekannt, dass die Mieten auf fünf Jahre eingefroren werden sollen, die Obergrenzen blieben vage. Bei Wirtschaftsverbänden rief der Entwurf des Senats unterdessen wütende Reaktionen hervor. »Rechtlich halte ich das beschriebene Vorgehen für höchst bedenklich, es ist völlig unverhältnismäßig und wirtschaftlich wäre es für Berlin eine Katastrophe«, erklärte die Präsidentin der IHK Berlin, Beatrice Kramm. mkr Seite 9

## Hilfe gegen Brände in Brasilien

G7-Staaten und Brasilien stellen Gelder für Feuerbekämpfung bereit

Brasilia. Die brasilianische Regierung stellt für die Bekämpfung der heftigen Waldbrände in der Amazonas-Region zusätzliches Geld zur Verfügung. Das Wirtschaftsministerium habe mit sofortiger Wirkung 38,5 Millionen Real (8,3 Millionen Euro) freigegeben, berichtete das Nachrichtenportal G1 in der Nacht zum Sonntag (Ortszeit). Am Samstag hatten brasilianische Soldaten begonnen, bei den Löscharbeiten zu helfen. Auch die G7-Staaten haben trotz politischer Differenzen mit Brasiliens Regierung bei ihrem Gipfel in Biarritz Unterstützung für das Waldgebiet zugesagt. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron sagte, die G7-Länder stünden »mit allen Ländern des Amazonasgebiets« in Kontakt, dabei gehe es um die Details der Unterstützung. In der ökologisch wichtigen Region lodern derzeit tausende Waldbrände. Umweltschützer werfen dem rechten brasilianischen Präsidenten Bolsonaro vor, ein Klima geschaffen zu haben, in dem sich Bauern immer öfter zu Abholzung und Brandrodung ermutigt sehen. Agenturen/nd

## Waffengebrauch und Wasserwerfer

Bei weiteren Protesten in Hongkong kam es zu verstärkter Polizeigewalt

Hongkong. Erstmals seit dem Beginn der Demokratiebewegung in Hongkong hat ein Polizist während einer Demonstration mindestens einen Schuss abgefeuert. Ein uniformierter Polizist habe »meinem Verständnis nach« Tsuen Wan einen Schuss abgegeben, sagte ein anderer Beamter am Sonntag zu Journalisten in Hongkong. Ein Beobachter des Bezirksrats berichtete, dass ein Polizist mit seiner Waffe in die Luft geschossen habe, nachdem ihn mehrere Protestler umringt hätten. Zuvor setzten die Ordnungsträger erstmals zwei Wasserwerfer gegen die Demonstranten ein. Tausende Menschen waren im strömenden Regen nach Tsuen Wan marschiert, eine Stadt im Norden Hongkongs.

In der chinesischen Sonderverwaltungszone mit knapp 7,5 Millionen Einwohnern gibt es seit drei Monaten Massendemonstrationen für mehr Demokratie und gegen ein geplantes Auslieferungsabkommen. Kritiker sagen, das Abkommen würde Hongkongs Behörden erlauben, von China gesuchte Personen an die Volksrepublik auszuliefern. AFP/nd